

Humanistische Studenten Union

PROGRAMM DER HSU

Humanismus kann nur in einer Gesellschaft verwirklicht werden, die die weitestgehende Entfaltung der Möglichkeiten des einzelnen in gesellschaftlicher Freiheit erlaubt. Bei dieser Zielsetzung kann sich daher Humanismus nicht darauf beschränken, begrenzte Freiheitsspielräume für den einzelnen zu schaffen, in die er sich vor dem Druck der Gesellschaft zurückziehen kann. Denn die Freiheit des Individuums wird nur dann ermöglicht, wenn jeder einzelne die Veränderungen der Gesellschaft mitbestimmt.

Die Voraussetzungen für Selbstbestimmung und Mitbestimmung werden geschaffen durch einen interdependenten Prozeß von rationaler, gesellschaftlicher Analyse, Abbau von Herrschaftsverhältnissen und Bildung eines Bewußtseins, das dem einzelnen die Auseinandersetzung mit seiner gesellschaftlichen Lage ermöglicht.

Soweit pluralistische Konzeptionen allen Meinungen und Entscheidungen einzelner Individuen oder Gruppen gleiches Recht einräumen, ohne deren gesellschaftliche Bedingtheit zu reflektieren, verstärken sie unter dem Mantel freiheitlicher Demokratie das bestehende Herrschaftsgefülle, anstatt der Repression dienende Mechanismen zu beseitigen.

1 a Die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft, die auf privater Aneignung von Überschuß aus gesellschaftlicher Produktion beruht, läßt zwar formal Demokratie zu, verhindert aber entscheidend derenhaltliche Verwirklichung. Immer größere Teile der Bevölkerung werden einbezogen in einen fremdbestimmten Arbeitsprozeß, der ihnen die Einsicht in die gesellschaftliche Notwendigkeit ihres Handelns nimmt, ihre Bewußtwerdung verhindert, sie ihre isolierten Handlungen nur nach materiellen Gesichtspunkten beurteilen läßt und sie somit entmündigt. Der einzelne begreift durch den sich ständig ausweitenden Konsumzwang, den er als scheinbare Konsumfreiheit erfährt, nicht seine Abhängigkeit in diesem Produktionsprozeß. Die Produktion wird nicht von den Interessen der Gesellschaft bestimmt. Die Entmündigung des einzelnen durch Produktion und Konsumption setzt sich bei der politischen Willensbildung fort: seine Emanzipation wird verhindert. Der Parlamentarismus in den kapitalistischen Ländern – insbesondere in den Dritten Welt – schleiert der Verhältnisse, die auf dem ungleichen Besitz von Produktionsmitteln und wirtschaftlicher Verfügungsgewalt beruhen.

b Deshalb treten wir für eine Demokratisierung der Wirtschaft ein, die die Produktionsmittel in die Verfügung demokatisch organisierter Produzierender überführt und demokratische Rahmenplanung beinhaltet. Nur so kann Demokratie verwirklicht werden. Damit ist jede Form des Staatskapitalismus ausgeschlossen.

2 a Der Zusammenstoß der beiden gegensätzlichen Gesellschaftssysteme, westlicher Kapitalismus und sowjetischer Sozialismus, nach Beendigung des zweiten Weltkrieges führte zu einem Machtkampf der beiden Systeme. Das dadurch initiierte Wettrüsten wurde und wird durch das Expansionsstreben der kapitalistischen Wirtschaftssysteme und den damit unterstützten stalinistischen und imperialistischen Tendenzen in den sozialistischen Ländern aufrecht erhalten und weiter gesteigert. Die vorhandenen Ver-

teidigungskonzeptionen mit ihrem Zwang zum Wettrüsten verfestigen die Konfliktlage. Das bewirkt eine ständige Perfektionierung der Waffen, die eine permanente Bedrohung der Menschheit beinhaltet. Zu gleich widersprechen die Rüstungsinvestitionen den gesellschaftlichen Interessen.

b Wir halten es für sinnlos, einen imperialistischen Staat gegen einen anderen zu verteidigen. Dagegen fordern wir eine Friedensforschung, deren Aufgabe es besonders ist, nach Wegen zu suchen, die verhindern, daß Konflikte zwischen imperialistischen Staaten gewaltsam gelöst werden und die Entwicklung eines Friedensdienstes, der an die Stelle des Kriegsdienstes tritt. Ziel ist, die Planung, Herstellung und Verbreitung, insbesondere von ABC-Waffen, zu verbieten, militärische Waffen zu vernichten und militärische Bündnisse aufzulösen.

3 a Die hochindustrialisierte kapitalistische Gesellschaft führt zwangsläufig zur Ausweitung der Produktion und zur Erschließung neuer Absatzmärkte. Daraus folgt eine ständige Vergrößerung der Konsumzwänge dieser Gesellschaft und marktbedingte Abhängigkeiten anderer Länder. Damit wird der innergesellschaftliche Konflikt auf das Verhältnis zwischen den Völkern ausgeweitet. Befreiungsbewegungen in Ländern der Dritten Welt, die eine wirtschaftliche Selbständigkeit bezeugen wollen, werden mit wirtschaftlicher, politischer und militärischer Macht imperialistischer Staaten und abhängiger Regime niedergeschlagen.

b Wir wenden uns gegen jede Durchsetzung der Internationalen Wirtschaftskonzerne und gegen die Außen-, Wirtschafts- und Militärapolitik industrieller Großmächte, die dazu dienen, Klassenstrukturen zu stützen, die eine wirtschaftliche Entwicklung und politische Selbständigkeit der Länder der Dritten Welt verhindern. Deshalb unterstützen wir jede Bewegung, die für die Befreiung der Abhängigen und Ausgebeuteten kämpft. Wir fordern, daß an Ländern der Dritten Welt keine Militärhilfen geleistet werden, die Klassenstrukturen stärken. Steuergelder sind statt für Rüstung für Strukturverbesserungen

in diesen Ländern zu verwenden: zur eigenen Nutzung vorhandener Rohstoffquellen, zur Abwendung drohender Hungerkatastrophen und zur Durchführung einer wirksamen Geburtenkontrolle.

4a Ein Großteil der Kommunikationsmittel (Presse, Rundfunk, Fernsehen) in der BRD steht im Dienste der Absicherung der bestehenden Machtverhältnisse, indem sie eine objektive Information über Ursachen und Ausprägung nicht funktionsbedingter Herrschaft in allen Bereichen der Gesellschaft nicht zulassen und durch tendenziöse Berichterstattung Emotionen und Vorurteile wecken oder verstärken. Willensbildung und Verhaltensmuster können sich nicht aus rationaler Diskussion entwickeln, wenn über private und öffentlichrechtliche Kommunikationswege Alternativmodelle zum bestehenden System nicht vermittelt werden und - berechnend oder inkonsequent - Berichterstattung und Kommentierung jede oppositionelle Bewegung totschweigt oder diffamiert, die den Herrschaftsanspruch von Verbandsbürokratie, Wirtschaftsführung, kulturellem Establishment und Militär in Frage stellt. Durch solche, von Pressekonzentration in privater Hand und Parteienproporz in den öffentlichrechtlichen Sendeanstalten begünstigte, gesteuerte oder fahrlässige Manipulation des Bewußtseins der großen Mehrzahl der westdeutschen Bürger wird nicht nur die Bildung einer für jede Demokratie unerlässliche, kritische Öffentlichkeit sehr erschwert, sondern auch die Anstrengungen zur Disziplinierung von unbequemen Minderheiten durch die Mobilisierung von Justiz, Bürokratie, Polizei und des faschistoiden "gesunden Volksempfindens" zur Verteidigung des sozio-ökonomischen und kulturellen Status-quo in der gegenwärtigen westdeutschen Gesellschaft gefördert.

b Zur Vermeidung jeder Konzentration von Kommunikationsmitteln, die sich einer öffentlichen Kontrolle entziehen, fordern wir die Demokratisierung des Presse-, Rundfunk- und Fernsehwesens. Hierzu sind geeignete Organisationsformen zu schaffen, z.B. durch von Verlegern unabhängige Redaktionen (innere Pressefreiheit), Genossenschaften, oder Stiftungen und andere Institutionen unter öffentlicher Kontrolle.

5a Die geltenden Rechtsnormen dienen der Regelung gesellschaftlicher Konflikte in einer die bestehende gesellschaftliche Struktur stabilisierenden Weise. Sie können nicht gegen das Interesse der herrschenden Klasse gebildet werden, können also im Interesse der herrschenden Klasse als Unterdrückungsinstrument dienen. Somit erfüllen gesetzgebende und rechtssprechende Organe vornehmlich die Funktion der Absicherung von Herrschafts- und Besitzverhältnissen und berücksichtigen kaum individuelle Rechte und Entfaltungsmöglichkeiten.

b Deshalb setzen wir uns dafür ein, ein Zivilrecht zu schaffen, das die Sozialisation fördert und anstelle des Strafrechts eine Maßnahmerecht zu entwickeln; orientiert am objektiven Schaden für die Gesellschaft soll es nur dem Schutz der Gesellschaft und der Re-sozialisierung des Individuums dienen. Eine intensive Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen individuellen und kollektiven Fehlverhaltens ist unabdingt erforderlich, um wirksame Vorbeugung den Vorrang vor der Anwendung von Maßnahmen geben zu können. Dazu gehört, daß Gerichte und Verwaltungen Gesetze, die im Hinblick auf die fortlaufende gesellschaftliche Entwicklung sinnwidrig erscheinen, dem Gesetzgeber zur Überprüfung vorlegen können. Ebenso muß der Rechtsschutz des einzelnen so verbessert werden, daß wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten bei Ausschöpfung der Rechtsmittel keine Rolle spielen dürfen.

6a In der Bundesrepublik Deutschland haben sich die Tendenzen zur Absicherung der bestehenden Produktions- und Herrschaftsverhältnisse auch in der Notstands-Gesetzgebung verdichtet. Unter dem tarnenden Vokabular von Schutz und Vorsorge verbirgt sich ein Arsenal für die Zerstörung demokratischer Ansätze. Während einerseits die Macht der Herrschenden restau-riert wird, wird andererseits die Abhängigkeit im kapitalistischen Produktionsprozeß und die politische Entmündigung der Beherrschten durchpressive Maßnahmen vorangetrieben.

b Deshalb wenden wir uns entschieden gegen jede Einschränkung der Grundrechte und setzen uns ein für

die Verwirklichung der im Grundgesetz von 1949 formal garantierten Rechte in einer freien Gesellschaft. Wir werden die Anwendung der Notstandsgesetze mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Dadurch kann ein entscheidender Beitrag zur Bewußtseinsbildung der Bevölkerung geleistet werden.

7 a Psychoanalytische Untersuchungen haben aufgezeigt, daß Persönlichkeitssbildung und Erwachsensein am Grad der Überwindung des Ödipuskonfliktes, des Kernkomplexes unserer Gesellschaft, zu messen ist. Sie haben den funktionalen Zusammenhang der Gesellschaftsordnung mit der Art der Lösung dieses Konfliktes nachgewiesen. Die Überwindung des Ödipuskonfliktes wird nur ermöglicht, wenn die starke Vater-Imago abgeschwächt wird. Gleichzeitig muß, um eine Persönlichkeitsbildung zu gewährleisten, auch die enge Bindung an die Mutter abgeschwächt werden. Dies kann dadurch geschehen, daß das Kind die Möglichkeit erhält, zu mehreren Personen libidinöse Beziehungen aufzunehmen. Staatliche, kirchliche und private Institutionen sind in unserer Gesellschaft als Vater-Imagines eingesetzt. Als solche verhindern sie durch direkten Zwang und Aufrechterhaltung doktrinärer Normen die Überwindung der ödipalen Phase und die Entwicklung des Individuums zu einer bewußten Geschlechtlichkeit und somit ein endgültiges Erwachsenwerden. Da auf pubertärem Stadium stehengebliebene Individuen durch diese Vater-Imagines leichter manipulierbar sind als solche, die dieses Stadium überwunden haben und die Vorangestellung der Genitalität über die Partialtriebe verwirklichen, ist die Unterdrückung der Sexualität als Herrschaftsmittel zu verstehen.

8 a Die offiziell angestrebte Reform des Bildungswesens in der BRD ist darauf ausgerichtet, wirtschaftlich verwertbares Verfüigungswissen bereitzustellen, nicht aber, kritische Reflektion der bestehenden Verhältnisse zu ermöglichen. Dem kommen die tradierten Bildungsmethoden entgegen, die Disziplin und Anpassung fördern und passiv-rezeptives Lernen voraussetzen. Der Grad der Bewährung an diesen Prinzipien ist das Kriterium für Auslese und weitergehende Förderung. Autoritäre Erziehungsmethoden bilden somit erneut autoritäre Menschen heran, die innerhalb des Bildungssystems überfällige Traditionsbestände in einer die herrschende Ideologie stützenden Weise weitergeben.

b An den Hochschulen wird der anonym ausgeübte Anpassungszwang augenfällig: das Recht auf Bildung wird umgeformt zur gestrafften Ausbildung von Fachkräften für spezialisierte Berufe durch isolierte Einzelwissenschaften, die den gesellschaftlichen Bezug nicht suchen und mit ihren Methoden auch nicht finden können. So erfolgt die Integration der Hochschulen in eine autoritäre Leistungsgesellschaft einerseits durch Festhalten an einem erstarrten einseitigen Wissenschaftsbegriff, andererseits durch die Annäherung der Universitätsorganisation an die der industriellen Produktion.

c Wir fordern daher die Aufhebung des gesellschaftlichen Zwangs zur Paarbindung und der unhaltbaren Diskriminierung kindlicher Sexualität sowie der Sexualität überhaupt. Nur solchen sexuellen Handlungen ist mit gesellschaftlicher Maßnahmen zu begegnen, die durch Gewalt, Drohung oder Täuschung, durch Ausnutzung Minderjähriger, Abhängiger oder Geisteschwacher zu stande gekommen sind. Wir traten ein für eine gesellschaftsbezogene Sexual-

erziehung und eine uneingeschränkte sexuelle Aufklärung. Mittel der Empfängnisverhütung und der Schwangerschaftsunterbrechung sollten jedem zugänglich sein, um eine freie Verfügung des einzelnen über seinen Körper und uneingeschränkten Lustgewinn aus sexueller Betätigung zu gewährleisten.

d Im begrenzten Hochschulbereich kann die autoritäre Struktur der Gesellschaft modellhaft begriffen werden.

Eine elitäre Absonderung von ihren Problemen erweist sich als umso verhängnisvoller, je mehr sich gesamtgesellschaftliche Repressionsmechanismen auf die Universität übertragen. Im relativ größeren Freiheitsspielraum, der sich den Studenten bietet, ist Reflexion auf die Grundlagen der ideologisch verschleierten Zwangsvorstellungen noch möglich.



„Die Universität ist ein Ort der Freiheit und des Wissens, ein Ort der Kritik und des Diskurses, ein Ort der Toleranz und des Res�erachtens.“
„Die Universität ist ein Ort der Freiheit und des Wissens, ein Ort der Kritik und des Diskurses, ein Ort der Toleranz und des Res�erachtens.“

„Die Universität ist ein Ort der Freiheit und des Wissens, ein Ort der Kritik und des Diskurses, ein Ort der Toleranz und des Res�erachtens.“

„Die Universität ist ein Ort der Freiheit und des Wissens, ein Ort der Kritik und des Diskurses, ein Ort der Toleranz und des Res�erachtens.“

„Die Universität ist ein Ort der Freiheit und des Wissens, ein Ort der Kritik und des Diskurses, ein Ort der Toleranz und des Res�erachtens.“